



## Niederschrift

### 87. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 09.04.2008
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	ab 17:10 Uhr
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	ab 17:08 Uhr
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Mühlberg, Andreas	SPD	nicht anwesend
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Frau Ewers, für den GB 2  
Herr Weis, Verkehrsbetrieb Potsdam  
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation  
Herr Zeretzke, Beteiligungssteuerung  
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit  
Herr Weise, Geschäftsstelle GB 4  
Herr Steffens, FB Grün- und Verkehrsflächen  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 26.03.2008
- 2 Haushalt 2008
  - 2.1 Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011  
Vorlage: 08/SVV/0160  
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
  - 2.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 08/SVV/0161  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
  - 2.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009  
Vorlage: 08/SVV/0162  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
  - 2.4 Liste der Bürgerinnen und Bürger
  - 2.5 Luftschiffhafen  
Vorlage: 07/SVV/1060  
Fraktion SPD
- 3 Enteignung Uferweg Griebnitzsee  
Vorlage: 08/SVV/0108  
Fraktion DIE LINKE
- 4 Altkleidersammlung in Potsdam  
Vorlage: 08/SVV/0200  
Fraktion SPD
- 5 Besetzung der Stelle 113 100 01 Arbeitsgruppenleiter/in Haushalt  
Vorlage: 08/SVV/0329  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 6 Besetzung der Stelle 101 000 04 Sachbearbeiter/in Steuerungsunterstützung Haushaltssicherungskonzept  
Vorlage: 08/SVV/0330  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
  - 7.1 Standesamtliche Eheschließungen in den neuen Ortsteilengemäß Vorlage: 07/SVV/0793  
Bericht zu den Ergebnissen des weiteren Verfahrens - aus HA 16.01.08, TOP 7

- 7.2       Berichterstattung zum Qualitätsmanagement im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen
- 8           Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1       Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 26.03.2008**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ Informationen zu folgenden Themen aufzunehmen:

- Schwachlastticket
- Urteil des OVG zu Trink- und Abwasserbeiträgen
- Schulwegsicherung in der Kurfürstenstr.
- Sondersitzung der StVV
- Verkehrssituation in Potsdam
- Beratung mit den Ortsbürgermeistern.

Im Weiteren informiert Herr Schubert, dass der Tagesordnungspunkt 4, DS 08/SVV/0200, seitens der Fraktion SPD zurückgezogen und als Kleine Anfrage gestellt wird. Gegen die vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 86. Sitzung vom 26.03.2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung, bestätigt.

#### **zu 2       Haushalt 2008**

##### **zu 2.1     Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2011**

**Vorlage: 08/SVV/0160**

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

##### **zu 2.2     Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2008**

**Vorlage: 08/SVV/0161**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

**zu 2.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2009**  
**Vorlage: 08/SVV/0162**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister schlägt vor, zu den Tagesordnungspunkten 2.1 – 2.3 Rückfragen zu stellen. Da hierzu kein Redebedarf besteht, werden die Drucksachen zur Kenntnis genommen; eine Abstimmung erfolgt nicht.

**zu 2.4 Liste der Bürgerinnen und Bürger**

Herr Exner verweist darauf, dass bezüglich der Diskussion der Haushaltssatzung und der Beratung der Liste der Bürgerinnen und Bürger der Ausschuss für Finanzen entsprechend seiner Zuständigkeit sich abschließend damit befassen werde. Den Mitgliedern des Hauptausschusses wurde eine schriftliche Übersicht zum aktuellen Stand der Beratung des Bürgerhaushaltes 2008 und ein Ausblick auf die Zeitschiene 2009 ausgereicht. Darauf Bezug nehmend fragt Frau B. Müller nach, ob davon auszugehen sei, dass die Haushaltssatzung 2009 erst wieder in der März-Sitzung der StVV eingebracht werde. Herr Exner antwortet darauf, dass die Bemühungen der Verwaltung auf einen früheren Zeitpunkt abzielen, was man derzeit aber nicht konkretisieren könne. Frau Dr. Schröter fragt nach der Handhabung der Liste, die in ihrer Reihenfolge durch die Abstimmung in der StVV auch verändert werden könne. Herr Exner entgegnet, dass man zu jedem einzelnen Vorschlag überlegen müsse, wie damit umzugehen sei und zu jedem der 20 Vorschläge ein Votum abgegeben werden müsse. Natürlich stehe die Frage, ob alle Vorschläge übernommen werden oder ob z.B. die Einführung eines kostenlosen ÖPNV dazu führe, den Haushalt nicht ausgeglichen zu beschließen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass auf Grund der hohen Anzahl derjenigen, die sich am Bürgerhaushalt beteiligt haben, sehr verantwortungsvoll mit den Vorschlägen umgegangen werden müsse und diese ernsthaft zu prüfen seien. Die Liste der Bürgerinnen und Bürger wird zur Kenntnis genommen unter der Maßgabe, dass sich der Ausschuss für Finanzen damit abschließend befassen wird.

**zu 2.5 Luftschiffhafen**  
**Vorlage: 07/SVV/1060**

Fraktion SPD  
mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister bittet um Zurückstellung dieser DS, da seitens der Verwaltung in die nächste Sitzung der StVV ein Änderungsantrag eingebracht werde, der dann im Kontext mit dem Haushalt 2008 zu behandeln sei. Diesem Verfahrensvorschlag stimmt Herr Schubert namens der Antragstellerin zu. Herr Dr. Scharfenberg bittet, die Vorschläge aus den Fraktionen in diesem Verfahren mit zu berücksichtigen, um einen weitestgehenden Konsens herzustellen.

**zu 3 Enteignung Uferweg Griebnitzsee**  
**Vorlage: 08/SVV/0108**  
Fraktion DIE LINKE

Diese DS wurde bereits in der Sitzung der StVV am 02. April 2008 abschließend behandelt und ist damit erledigt.

**zu 4 Altkleidersammlung in Potsdam**  
**Vorlage: 08/SVV/0200**  
Fraktion SPD

**zurückgezogen**

**zu 5 Besetzung der Stelle 113 100 01 Arbeitsgruppenleiter/in Haushalt**  
**Vorlage: 08/SVV/0329**  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle Arbeitsgruppenleiter/in Haushalt mit der Kennziffer 113 100 09 Entgeltgruppe E 11 TVöD/TVÜ-VKA (vergleichbar mit Vergütungsgruppe III Fg 1 b BAT - O) wird befristet für 2 Jahre mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 6 Besetzung der Stelle 101 000 04 Sachbearbeiter/in Steuerungsunterstützung Haushaltssicherungskonzept**  
**Vorlage: 08/SVV/0330**  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle Sachbearbeiter/in Steuerungsunterstützung / Haushaltssicherungskonzept mit der Kennziffer: 101 000 04 und der Entgeltgruppe E 11 TVöD/TVÜ-VKA (vergleichbar mit Vergütungsgruppe III Fg 1 b BAT -O) wird befristet für 2 Jahre mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 7.1 Standesamtliche Eheschließungen in den neuen Ortsteilen gemäß Vorlage: 07/SVV/0793**

Bericht zu den Ergebnissen des weiteren Verfahrens - aus HA 16.01.08, TOP 7

Frau E. Müller informiert, dass das verabredete Interessenbekundungsverfahren eingeleitet wurde und am 31.03.08 die Bewerbungsfrist endete. Derzeit werden die vorgeschlagenen Örtlichkeiten besichtigt und ihre Eignung geprüft. Geplant sei, einen Entscheidungsvorschlag in den Hauptausschuss am 14. Mai 2008 einzubringen.

**zu 7.2 Berichterstattung zum Qualitätsmanagement im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen**

Der Oberbürgermeister berichtet eingangs über die Festveranstaltung zur Verleihung des Bonhoff-Preises am 08. April 08, wo er die Festrede gehalten und diese zur Information an alle Hauptausschussmitglieder noch einmal schriftlich ausgehändigt habe. Dies deshalb, weil entscheidende Teile seiner Rede nicht veröffentlicht

licht worden seien, wozu zum einen das Engagement der Mitarbeiter gehöre, die kompetent und hoch motiviert an der Beseitigung der Kritikpunkte gearbeitet haben und zum anderen die für ihn wichtige Feststellung, dass Herr Jauch mit seiner Kritik Recht hatte und diese zum Anlass für einen Veränderungsprozess genommen wurde, der durch die Mitarbeiter der Bauverwaltung aktiv getragen werde. Das Preisgeld, so der Oberbürgermeister, werde Herr Jauch für soziale Zwecke, wie z. B. das Exploratorium, verwenden.

Im Weiteren führt der Oberbürgermeister zum derzeitigen Stand des Qualitätsmanagements im Bereich Stadtentwicklung und Bauen aus, dass die **Clearingstelle** etabliert sei und arbeite, 6 Fälle im Geschäftsgang seien und 2 davon kurz vor ihrem Abschluss. Die Verfahren werden mit externer Unterstützung durchgeführt und nach einer dreimonatigen Erprobungsphase ausgewertet. Er sei froh, dass sich die Clearingstelle etabliert habe und entgegen erster Planungen nicht nur bei abgeschlossenen, sondern auch bei laufenden Verfahren angewandt werde. Zur **Optimierung der Bauaufsicht** werden bis Ende April Leitplanken für Strukturen und Führungskräfte sowie Ausführungsbestimmungen erarbeitet und es erfolge mit externer Begleitung eine Personalbemessung. Letztere sei erforderlich, weil die verfahrenstechnischen Anforderungen eine erhebliche zeitliche Belastung darstellen und weil Potsdam boome und somit auch mehr Bauanträge gestellt werden, die in kürzester Zeit abgearbeitet werden sollen. In der dafür gebildeten Projektgruppe arbeite neben Führungskräften und Mitarbeitern auch der Personalrat mit.

Im Weiteren sei die Installierung einer **Schnittstelle Baugenehmigungsverfahren**, auf Grund einer Schnittstellenanalyse und unter Beteiligung der aus dem GB 3 am Baugenehmigungsverfahren beteiligten Bereiche vorangetrieben worden. Daraus werde derzeit ein Verfahren entwickelt, wie mit Konflikten zwischen den beteiligten Bereichen umzugehen sei, einschließlich der Entwicklung klarer Verfahrensregeln und Entscheidungsebenen. Bezüglich der Einführung eines **Beschwerdemanagements** sei ein Verfahrensvorschlag erarbeitet worden, der die Kommunikation zwischen den Geschäftsbereichen und dem Büro des Oberbürgermeisters optimieren soll. Bis zum Sommer sollen die neuen Verfahrensweisen wirksam werden. In den genannten Prozessen werden die Mitarbeiter kontinuierlich mit einbezogen, unter anderem auch über das Intranet. Im Weiteren sei bis zum Sommer ein **Workshop** in der Denkmalbehörde nach Abschluss der Mitarbeiterbefragung im Fachbereich Stadterneuerung und Denkmalpflege geplant, der zu Veränderungen von Verantwortlichkeiten und Bearbeitungsstrukturen führen werde. Darüber hinaus sei auch die Stelle des Fachbereichsleiters Stadterneuerung und Denkmalpflege ausgeschrieben und für die Sitzung der StVV Juli ein entsprechender Beschlussvorschlag vorgesehen.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

## **neu Urteil des OVG zu Trink- und Abwasserbeiträgen**

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert darüber, dass das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 12. Dezember 2007, Grundstückseigentümer, die ans Wassernetz angeschlossen wurden, ggf. auch rückwirkend, d.h. vor Inkrafttreten des Kommunalen Abgabengesetzes, zu Beitragszahlungen heranzuziehen, für Potsdam nicht gelte. Das begründe sich darin, dass in Potsdam die Investitionen nicht über KAG-Beiträge, sondern über Gebühren refinanziert werden. Die Nachfrage von Herrn Schüler, ob das auch die neuen Ortsteile betreffe, bejaht Frau Dr. von Kuick-Frenz.

**neu Schulwegsicherung in der Kurfürstenstr.**

Frau Kluge verweist darauf, dass diese Problematik seit längerem im Gespräch sei und Maßnahmen, wie die Einrichtung einer 30-er Zone und eine Videoüberwachung für „Rot-Fahrer“, bereits ergriffen wurden und von der Stadt sowie von der Polizei dicht überwacht werden. Ein Abschlussbericht zur Wirksamkeit der Maßnahmen werde in der nächsten Woche vorliegen und dann als Anlage zum Protokoll des Hauptausschusses beigefügt.

**neu Sondersitzung der StVV zur Beratung und Beschlussfassung des Haushalts**

Im Ergebnis der Diskussion wird Einigung darüber erzielt, dass eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am **21. Mai 2008, 17:00 Uhr** stattfinden wird.

**neu Schwachlastticket**

Herr Weis berichtet, dass der Auftrag der StVV vom 10.10.2007, DS 07/SVV/0545, im Rahmen der Arbeitsgruppe Verkehrsverbund Berlin- Brandenburg behandelt und dazu Vorschläge unterbreitet worden seien. Diese hätten jedoch keine Zustimmung im Aufsichtsrat des VVB im Dezember 2007 gefunden. Trotzdem bleibe das Anliegen auch weiterhin in der Diskussion für die „nächste Runde“ und werde Ende September d.J. wiederum in die entsprechenden Gremien eingebracht. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob hierzu zwingend eine Beschlussfassung des VVB notwendig sei oder dies auch in eigener Regie des Verkehrsbetriebs realisiert werden könne, entgegnet Herr Weis, dass eine Einordnung in den VVB nötig sei, weil ein entsprechender Verkehrsleistungsvertrag bestehe und damit kein Haustarif in Anwendung gebracht werden könne. Der Oberbürgermeister schlägt vor, dieses Thema erneut in eine Tagesordnung des Hauptausschusses im Juni aufzunehmen, da erste Ergebnisse der Marktforschung zum Schwachlastticket im Mai vorliegen werden. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

**neu Verkehrssituation in Potsdam**

Herr Steffens führt dazu aus, dass jeden Dienstag um 13:00 Uhr die Arbeitsgruppe Stauvermeidung und jede Woche die Sperrkommission tage, um die Verkehrssituation in Potsdam zu beraten, Schlussfolgerungen zu ziehen und notwendige Maßnahmen einzuleiten. Der Stau am vergangenen Montag sei darauf zurückzuführen, dass die Baustelle in der Alleestraße bereits um 7:00 Uhr und nicht wie sonst um 9:00 Uhr begonnen wurde. Hinzu kam, dass das neue Semester begonnen und die Autofahrer die ausgeschilderten Umleitungen nicht angenommen haben, womit die Situation noch verschärft worden sei.

In der sich anschließenden Diskussion äußert Frau Dr. Müller ihr Unverständnis darüber, dass es keine Regelungen der Polizei in der Fr.-Ebert-Str. gegeben habe, um den Vorrang des ÖPNV zu gewährleisten. Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass in der letzten Sitzung der StVV ein Antrag der Fraktion DIE LINKE eingebracht worden sei, der darauf abziele, bereits im Vorfeld und begleitend tätig zu werden, der zum Nachdenken darüber anregen solle, was noch geleistet werden könne, und zwar sehr schnell, denn an der jetzigen Situation mache sich auch die Stimmung in der Bevölkerung fest, der man gerecht werden müsse. Frau Dr. von Kuick-Frenz lädt dazu ein, an den o. g. Arbeitsgruppen teilzunehmen, um selbst die vielfältigen Aktivitäten einschätzen zu können. Eine Ampelumstellung brauche 1-2 Tage, um wirksam zu werden und der Stau am Montag sei ein Extremfall gewesen. Dem entgegnet Frau Knoblich, dass sie den Anspruch habe, dass der Verkehr fließe, mal schneller und mal langsamer. Die Ein-

bettung der Ampelschaltungen in die „grüne Welle“ funktioniere nicht immer und müsse so gestaltet werden, dass der Verkehr flüssiger werde. Zur Problematik der Ampelschaltungen äußert sich ebenso Herr Dr. Gunold. Frau Dr. Schröter fragt nach, was passiere, wenn Probleme gemeldet werden, ob es die kommunizierte Hotline wirklich gebe und wo man im Internet die Vorankündigungen zu den Baustellen finde, um erst gar nicht in den Stau zu geraten. Darauf Bezug nehmend verweist Herr Schubert auf einen LINK im Internet, der die Planung der Baustellen sehr gut darstelle, aber schwer zu finden sei und besser sichtbar gemacht werden sollte. Im Weiteren schlägt er eine Prüfung der Öffnung der Schopenhauerstr. in derartigen Extremfällen vor, da bei Stau besonders das Stück der Zeppelinstr. zwischen Luisenplatz und Breite Straße betroffen sei.

Herr Steffens führt aus, dass kurzfristige Reaktionen nur die Verkehrsregelung durch die Polizei oder die Schaffung neuer Umleitungen sein können; allerdings zeige die Erfahrung, dass sich das Chaos ab dem zweiten Tag einpendele. Die Internetadresse werde in jedem Pressegespräch kommuniziert und laute mobile-potsdam.de .

Der Oberbürgermeister betont abschließend, dass die Informationen im Vorfeld zu verbessern seien, z. B. durch Pressegespräche und Veröffentlichungen in den Medien mit entsprechenden Lageplänen und Umleitungskarten. Derzeit werde auch geprüft, ob die genannten Arbeitsgruppen sich täglich treffen können, um die jeweilige Situation zu analysieren. Im Weiteren werde geprüft, ob an die Unternehmen Auflagen zur Nacht- und Wochenendarbeit erteilt werden, denn die Baustelle in der Alleestraße werde durch Doppelschichten bereits am Donnerstagabend fertig und nicht wie angekündigt am Freitag. In diesem Zusammenhang seien wiederum andere Probleme, wie die Lärmbelästigung, zu berücksichtigen. Insgesamt gebe es ein Bündel von Maßnahmen, um die Situation in den Griff zu bekommen und dazu werde es weitere Informationen im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen geben. In diesem Rahmen, so Herr Schubert, sei auch seine Bitte zur Öffnung der Schopenhauerstr. zu prüfen. Zur Nachfrage von Frau Dr. Schröter bezüglich der Hotline wird bestätigt, dass diese unter der Telefonnummer 289 3756 zu erreichen sei.

## **neu Bericht zur Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern**

Herr Jetschmanegg informiert über die o.g. Beratung, in der zum Projekt MILAN informiert, eine Diskussion zu Investitionen in den Ortsteilen ab 2009 geführt und der Bericht über die Entwicklung der neuen Ortsteile zur Kenntnis genommen wurde. Bezüglich der Investitionen sei die Festlegung von Prioritäten als Grundrichtung klar herausgearbeitet worden; bezüglich des Berichts gebe es Übereinstimmung darin, dass die als gut eingeschätzte Situation in einem Pressegespräch dargestellt wird.

## **zu 8 Sonstiges**

Herr Schubert nimmt Bezug auf eine Pressemeldung vom 07.04.08, in der vermeldet werde, dass die Fraktion DIE LINKE die Aktion der Stadt Potsdam für ein neues **Potsdamer Toleranzedikt** für eine Kampagne zum **kostenlosen Schulessen** nutzen wolle und drückt sein Unverständnis darüber aus. Der Oberbürgermeister meint, dass dies eine einseitige Instrumentalisierung sei, er den Menschen dieser Stadt aber nicht vorschreiben wolle, wie sie damit umzugehen haben. Jeder trage hierzu Verantwortung und zum Erfolg oder Misserfolg des Toleranzedikts bei und sollte deshalb im Wahlkampf auch verantwortungsbewusst damit umgehen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er dankbar für die Frage und auch für die Antwort sei, weil ihm das Gelegenheit gebe, Missverständnisse auszuräumen. Er meine, die unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen in dieser



Stadt seien ein sehr wichtiger Punkt und so sehe jemand ohne materielle Sorgen Toleranz anders als jemand mit materiellen Sorgen. Es gehe also auch um Toleranz bei Alltagsproblemen; das kostenlose Schulessen sei nicht nur das Problem und Anliegen der Fraktion DIE LINKE. Anliegen der Fraktion sei es auch nicht gewesen, die Diskussion um das Toleranzedikt auf das kostenlose Schulessen auszurichten.

Herr Schubert entgegnet, dass für ihn Toleranz keine Frage der materiellen Absicherung sei. Deshalb sollte entsprechend der Absprache im Ältestenrat eine Verständigung dazu in der StVV erfolgen, um derartige Missverständnisse auszuräumen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die „geänderte Situation“ bezüglich des Ausschreibungsverfahrens die **Matrosenstation Kongsnaes** betreffend und fragt, welche Gespräche mit den Betroffenen aus dem ersten Ausschreibungsverfahren geführt worden seien oder ob diese die neue Situation aus der Presse erfahren hätten; dies auch unter dem Aspekt evtl. Schadensersatzklagen.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Beteiligten bereits im Vorfeld der betreffenden Hauptausschusssitzung informiert worden seien und dies demzufolge nicht aus der Zeitung erfahren hätten. Das Verfahren sei wie informiert mit der Kommunalaufsicht abgestimmt und auch seitens der Stadt rechtlich geprüft worden, so dass keine Schadensersatzklagen zu erwarten seien. Das Anliegen sei, die öffentliche Nutzung und Kongsnaes in seiner Gesamtheit zu sichern. Für die Neuausschreibung sei die Aufhebung des bisherigen Verfahrens Voraussetzung und diese einmalige Situation sollte für die damit eröffneten Möglichkeiten genutzt werden.

Im Weiteren bezieht sich Herr Dr. Scharfenberg auf die Zusicherung der Stadt, vier Mitarbeiter des ehemaligen Tierheims zu übernehmen und fragt nach dem gegenwärtigen Sachstand. Dieser, so Frau E. Müller, könne nur im nicht öffentlichen Teil gegeben werden.

Darüber hinaus wolle er wissen, wie das „Pfötchenhotel“ mit so genannten „Abwehrpreisen“ umgehe, die in einem konkreten Fall eine schwer erkrankte Seniorin betroffen habe, deren zwei Wellensittiche nur gegen eine Gebühr von 180,00 € pro Vogel aufgenommen werden sollten. Frau E. Müller bittet, diese Problematik an sie zu übergeben, um eine Prüfung zu veranlassen, denn hier gebe es eine Zusage der Geschäftsführung, dass bei sozialen Härtefällen auf die Gebühr ganz oder teilweise verzichtet werde.

Zur Frage von Herrn Dr. Scharfenberg zum Rechtsstreit mit dem Tierschutzverein bezüglich der Verwendung von Spendenmitteln wird ebenfalls im nicht öffentlichen Teil informiert.

Zur Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob der Beirat für die Gestaltung des Potsdam-Museums bereits existiere, wird in der nächsten Hauptausschusssitzung berichtet.

Die Nachfrage von Frau Dr. Müller, ob in der Mai-Sitzung der StVV die Vorlage zur Besetzung der Stelle des Werkleiters KIS zu erwarten sei, beantwortet Herr Exner mit ja.